



## Sicherheitsrat

Verteilung: Allgemein

28. Oktober 2004

Deutsch

Original: Englisch

---

### Erklärung des Präsidenten des Sicherheitsrats

Auf der 5066. (wiederaufgenommenen) Sitzung des Sicherheitsrats am 28. Oktober 2004 gab der Präsident des Sicherheitsrats im Zusammenhang mit der Behandlung des Punktes "Frauen, Frieden und Sicherheit" im Namen des Rates die folgende Erklärung ab:

"Der Sicherheitsrat bekräftigt sein Bekenntnis zur weiteren vollinhaltlichen Durchführung der Resolution 1325 (2000) und begrüßt es, dass der Situation von Frauen und Mädchen in bewaffneten Konflikten seit der Verabschiedung der Resolution 1325 (2000) im Oktober 2000 verstärkte Aufmerksamkeit gewidmet wird. Der Rat erinnert an die Erklärung seines Präsidenten vom 31. Oktober 2002 (S/PRST/2002/32) und an die am 29. Oktober 2003 abgehaltene Sitzung, die einen wertvollen Ausdruck dieses Bekenntnisses darstellten.

Der Sicherheitsrat erinnert außerdem an die Erklärung und die Aktionsplattform von Beijing (A/52/231) und das Ergebnisdokument der dreiundzwanzigsten Sondertagung der Generalversammlung der Vereinten Nationen "Frauen 2000: Gleichstellung, Entwicklung und Frieden für das 21. Jahrhundert" (A/S-23/10/Rev.1), insbesondere an die Verpflichtungen betreffend Frauen und bewaffnete Konflikte.

Der Sicherheitsrat begrüßt den Bericht des Generalsekretärs über Frauen, Frieden und Sicherheit (S/2004/814) und bekundet seine Absicht, die darin enthaltenen Empfehlungen zu prüfen. Der Rat begrüßt die vom System der Vereinten Nationen, den Mitgliedstaaten, der Zivilgesellschaft und anderen maßgeblichen Akteuren unternommenen Anstrengungen zur Förderung der gleichberechtigten Mitwirkung von Frauen an Maßnahmen zur Herbeiführung eines bestandfähigen Friedens und dauerhafter Sicherheit.

Der Sicherheitsrat verurteilt nachdrücklich, dass in bewaffneten Konflikten nach wie vor Akte geschlechtsspezifischer Gewalt verübt werden. Der Rat verurteilt außerdem alle Verletzungen der Menschenrechte von Frauen und Mädchen in bewaffneten Konflikten sowie sexuelle Ausbeutung und Gewalt und sexuellen Missbrauch. Der Rat fordert alle Parteien nachdrücklich auf, derartige Akte mit sofortiger Wirkung vollständig zu beenden. Der Rat betont, dass der Straflosigkeit für solche Akte im Rahmen eines umfassenden Ansatzes zur Herbeiführung von Frieden, Gerechtigkeit, Wahrheit und nationaler Aussöhnung ein Ende gesetzt werden muss. Der Rat begrüßt die Anstrengungen des Systems der Vereinten Nationen, Strategien und Programme auszuarbeiten und durchzuführen, um geschlechtsspezifische Gewalt zu verhindern und darüber zu berichten, und fordert den Generalsekretär nachdrücklich auf, weitere diesbezügliche Anstrengungen zu unternehmen. Der Rat ersucht den Generalsekretär, sicherzustellen, dass die Menschenrechtsbeobachter und

die Mitglieder von Untersuchungskommissionen über die notwendige Fachkenntnis und Ausbildung auf dem Gebiet geschlechtsspezifischer Verbrechen sowie bei der Durchführung von Ermittlungen verfügen, namentlich auf eine kulturgerechte Art und Weise, die den Bedürfnissen, der Würde und den Rechten der Opfer Rechnung trägt. Der Rat fordert alle internationalen und nationalen Gerichte, die speziell für die strafrechtliche Verfolgung von Kriegsverbrechen geschaffen wurden, nachdrücklich auf, für das Vorhandensein von Fachkenntnissen in geschlechtsspezifischen Fragen zu sorgen, ihre Mitarbeiter entsprechend zu schulen und geschlechtergerechte Programme für Opfer und Zeugenschutz bereitzustellen. Der Rat hebt die dringende Notwendigkeit hervor, Programme zur Unterstützung der Überlebenden geschlechtsspezifischer Gewalt zu schaffen. Der Rat ersucht ferner darum, dass der Frage der geschlechtsspezifischen Gewalt in allen künftigen Berichten an den Rat angemessene Aufmerksamkeit gewidmet wird.

Der Sicherheitsrat bekräftigt die wichtige Rolle der Frauen bei der Konfliktverhütung und unterstützt den Generalsekretär in seiner Absicht, eine umfassende systemweite Strategie und einen entsprechenden Aktionsplan zu erarbeiten, um Geschlechterperspektiven in der Konfliktprävention stärker in den Vordergrund zu rücken. Der Rat fordert alle maßgeblichen Akteure nachdrücklich auf, namentlich durch stärkere Interaktion mit Frauenorganisationen gemeinsam darauf hinzuarbeiten, die volle Mitwirkung der Frauen und die Integration der Geschlechterperspektive bei allen konfliktverhütenden Aktivitäten zu gewährleisten.

Der Sicherheitsrat begrüßt außerdem die Absicht des Generalsekretärs, eine umfassende Strategie und einen umfassenden Aktionsplan zur Integration der Geschlechterperspektive in alle friedenssichernden Tätigkeiten und Einsätze zu erarbeiten und die Geschlechterperspektive in alle thematischen Berichte und Landesberichte an den Rat einzubeziehen. Zur Unterstützung dieses Prozesses bekräftigt der Rat seine Entschlossenheit, die Geschlechterperspektive umfassend in die Mandate aller Friedenssicherungsmissionen einzubinden. Der Rat erkennt den Beitrag an, den die Beraterin für Geschlechter- und Gleichstellungsfragen in der Hauptabteilung Friedenssicherungseinsätze dazu leistet, die Durchführung der Resolution 1325 (2000) voranzubringen, und er ersucht den Generalsekretär, eine entsprechende Regelung in der Hauptabteilung Politische Angelegenheiten zu erwägen, um die Durchführung weiter zu unterstützen.

Der Sicherheitsrat ist der Auffassung, dass eine stärkere Vertretung von Frauen bei allen Aspekten der Konfliktverhütung, der Friedenssicherungseinsätze und Friedenskonsolidierungsmaßnahmen sowie der humanitären Maßnahmen dringend erforderlich ist. Zu diesem Zweck fordert der Rat den Generalsekretär nachdrücklich auf, sich verstärkt um die Ermittlung geeigneter weiblicher Bewerber, gegebenenfalls auch aus truppenstellenden Ländern, zu bemühen, im Einklang mit Artikel 101 der Charta der Vereinten Nationen und unter Berücksichtigung des Grundsatzes der ausgewogenen geografischen Vertretung. Im Rahmen dieser Bemühungen sollten gezielte Rekrutierungsstrategien angewandt und das Ziel verfolgt werden, Bewerberinnen für Leitungspositionen, namentlich im Militär- und Zivilpolizeidienst, zu ermitteln.

Der Sicherheitsrat anerkennt den unverzichtbaren Beitrag der Frauen zur Förderung der Friedens sowie ihre Rolle in Wiederaufbauprozessen. Der Rat begrüßt die Absicht des Generalsekretärs, Strategien zu entwickeln, die Frauen zur vollen Mitwirkung an allen Phasen des Friedensprozesses ermutigen sollen. Der Rat ersucht den Generalsekretär außerdem, die Integration der Geschlechterperspektive in

Entwaffnungs-, Demobilisierungs- und Wiedereingliederungsprogramme zu fördern, indem er Leitlinien erarbeitet, die eine stärkere Beachtung der Bedürfnisse von Frauen und Mädchen bei solchen Programmen fördern. Der Rat ersucht den Generalsekretär ferner, die Geschlechterperspektive durchgängig in alle Aspekte von Wiederaufbauprogrammen nach Konflikten zu integrieren, namentlich durch die Stärkung von Themengruppen für Geschlechter- und Gleichstellungsfragen in Ländern, die gerade Konflikte überwunden haben, und sicherzustellen, dass alle Politiken und Programme zur Unterstützung von Verfassungs-, Justiz- und Gesetzgebungsreformen in Konfliktfolgezeiten, darunter Wahrheitsfindungs- und Aussöhnungsprozesse sowie Wahlprozesse, die volle Mitwirkung von Frauen, die Geschlechtergleichstellung und die Menschenrechte der Frau fördern.

Der Sicherheitsrat erkennt den wichtigen Beitrag an, den die Zivilgesellschaft zur Durchführung der Resolution 1325 (2000) leistet, und legt den Mitgliedstaaten nahe, auch künftig mit der Zivilgesellschaft zusammenzuarbeiten, insbesondere mit lokalen Frauennetzwerken und -organisationen, um die Durchführung zu stärken. Zu diesem Zweck begrüßt der Rat die Anstrengungen der Mitgliedstaaten zur Durchführung der Resolution 1325 (2000) auf nationaler Ebene, namentlich die Aufstellung nationaler Aktionspläne, und legt den Mitgliedstaaten nahe, mit diesen Anstrengungen fortzufahren.

Der Sicherheitsrat erkennt an, dass bei der Durchführung der Resolution 1325 (2000) auf bestimmten Gebieten der Tätigkeit der Vereinten Nationen im Bereich Frieden und Sicherheit beachtliche Fortschritte erzielt wurden. Der Rat erklärt seine Bereitschaft, die Durchführung dieser Resolution weiter zu fördern, insbesondere durch aktive Zusammenarbeit mit dem Wirtschafts- und Sozialrat und der Generalversammlung. Zur weiteren Festigung dieser Fortschritte ersucht der Rat den Generalsekretär, dem Sicherheitsrat im Oktober 2005 einen mit Fristen versehenen Aktionsplan für die Durchführung der Resolution 1325 (2000) im gesamten System der Vereinten Nationen vorzulegen, mit dem Ziel, das Engagement und die Rechenschaftspflicht auf höchster Ebene zu stärken und im gesamten System der Vereinten Nationen eine bessere Rechenschaftspflicht, Überwachung und Berichterstattung über die Fortschritte bei der Durchführung zu ermöglichen."

---